

Dossier

Blaue Briefe für die Bildungspolitik

Die unmögliche Reform der *Éducation nationale*

MEDARD RITZENHOFEN*

„Ich will die staatliche Erziehung auf Seite eins bringen“, umriss *Claude Allègre*, französischer Bildungsminister Ende der 1990er Jahre, seinen öffentlichkeitswirksamen Ehrgeiz. Dieses Ziel wurde erreicht, wenn auch nicht in der Weise, wie es sich der selbsternannte Mammutbändiger, der sich unversehens im Porzellanladen wiederfand, vorgestellt hatte. Die Schule macht regelmäßig Schlagzeilen, doch auch die Hiobsbotschaften haben Schule gemacht: „L'Éducation nationale en échec“, „Violence à l'école“, „La guerre scolaire“, „Attention: Illettrisme!“, „La bataille de l'école“, „Collège en panne“, „L'inégalité des chances résiste à l'école“, „Éducation: le grand gâchis“. In Frankreich vergeht kaum eine Woche, in der die Medien dem staatlichen Erziehungssystem nicht einen schwarzen Peter zuschieben. Auf die Blauen Briefe der Meinungsmacher nachgerade abonniert ist Frankreichs Bildungspolitik. Nicht ohne Grund. Linke wie rechte Regierungen machen seit jeher große Worte um eine große Schulreform, um dann angesichts von massiven Widerständen klein beizugeben. Bildungspolitik ist ein heißes Eisen, weil sie aufs engste mit dem republikanischen Selbstverständnis Frankreichs verbunden ist. So können selbst geringfügige Neuerungen die

kollektiven Emotionen aus dem historischen Bewusstsein der oft dramatischen Schulgeschichte hochkochen lassen.

Man muss nicht bis zu der schon legendären Studentenrevolte des Jahres 1968 zurückgehen, die Frankreich in eine Staatskrise stürzte, welche Staatspräsident *Charles de Gaulle* „nicht mehr in den Griff zu kriegen“ glaubte. Auch die mit *François Mitterrand* 1981 an die Macht gelangte Linke bekam den Zorn der Straße zu spüren. Als die Sozialisten sich anschickten, die katholischen Privatschulen in das staatliche Erziehungssystem zu integrieren, kam es zu Kundgebungen, wie sie Paris seit seiner Befreiung im August 1944 nicht mehr erlebt hatte. Am 24. Juni 1984 demonstrierten mehr als eine Millionen Eltern und Schüler für die Autonomie der katholischen Privatschulen. Die Gesetzesvorlage wurde ad acta gelegt, Bildungsminister *Alain Savary* reichte seinen Rücktritt ein. Das war nur der Anfang. Die eindrucksvolle Abwehrreaktion der Zivilgesellschaft gegen den links-laizistischen Vorstoß in der Schulpolitik hatte zur Folge, dass keinen Monat später die Regierung von Premierminister *Pierre Mauroy* demissionierte.

Schon zwei Jahre später war die Reihe an *Jacques Chirac*, gegenüber der aufgebracht

* *Medard Ritzenhofen* lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

akademischen Jugend den Kürzeren zu ziehen. Seine erste rechtsbürgerliche Kohabitations-Regierung wollte die drei Jahre zuvor von der Linken erlassenen Hochschulgesetze rückgängig machen. Darauf trieb die Furcht vor universitären Aufnahmeprüfungen und die drohende Anhebung der Studiengebühren hunderttausende Studenten und Schüler auf die Straße. Dass jede Universität künftig Diplome nach eigenen Kriterien vergeben könne, ließ die Hochschüler zudem um die nationale Anerkennung ihrer Zertifikate fürchten. Die Demonstrationen eskalierten in gewalttätigen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften, wobei ein junger Student nordafrikanischer Herkunft unter den Stockschlägen von Polizisten zu Tode kam. Premierminister Chirac zog daraufhin die gesamte Gesetzesvorlage zurück und nahm den Rücktritt des Staatssekretärs im Bildungsministerium *Alain Devaquet* an.

1994 hatte die zweite bürgerliche Kohabitations-Regierung unter der Präsidentschaft *Mitterrands* das Nachsehen, als Bildungsminister *François Bayrou* ein Gesetz ankündigte, das eine umfangreichere Finanzierung von katholischen Privatschulen durch lokale Gebietskörperschaften ermöglichen sollte. Eine bessere Gelegenheit, Revanche zu nehmen für die Schlappe von 1984, hätte die Linke nicht bekommen können. Mit ihren Kundgebungen im Zeichen des Laizismus brachte sie *Bayrou*s Gesetzesvorlage zu Fall. Hatte das Bürgertum 1984 für den Erhalt der katholischen Privatschulen demonstriert, so ließ der „*peuple de gauche*“ zehn Jahre später nichts auf die prinzipielle Trennung von Staat und Kirche kommen. Wenn das duale Erziehungssystem mit seinen mehrheitlich staatlichen, aber eben auch privaten Konfessionsschulen unantastbar ist, so ist der Laizismus Frankreich nach wie vor heilig. Das bewies einmal mehr die große Aufregung um den muslimischen Schleier in öffentlichen Schulen, über den sich die Republik in jüngster Zeit echauffierte, bevor das religiöse Symbol

ohne Wenn und Aber aus dem „Sanktuarium“ der *école publique* (*Jacques Chirac*) verbannt wurde (vgl. DOKUMENTE 1/2004, S. 76–82).

Mythos und Malaise

Die extreme Sensibilität der *Éducation nationale*, die dieses Ressort für jede Regierung zu einem besonders brisanten Portefeuille macht, hat zwei wesentliche Ursachen, eine ideologische und eine organisatorische. Weit mehr als in Deutschland ist in Frankreich Bildung schon immer ein Politikum gewesen, wobei staatliche und häusliche Erziehung strenger getrennt sind. Nirgendwo in Europa wurde die allgemeine Schulbildung politisch und pädagogisch so konsequent durchdacht wie im zentralistischen Frankreich, wo sich im 19. Jahrhundert die fortschrittlichen politischen Kräfte daranmachten, die in der Revolution von 1789 proklamierten Ideale über die staatliche Erziehung dauerhaft zu etablieren. In dem über 100-jährigen Kulturkampf zwischen Kirche und Republik wurde nicht nur der Katechismus zurückdrängt, die Schule formierte sich auch gegen die Familie. Denn es entsprach französischer Tradition, dass der Staat die Vernunft verkörpert und die Familie den Aberglauben. Der Staat fördert die Wissenschaften, die Familie hängt der Religion an, der Staat spricht die Nationalsprache, die Familie parliert im jeweiligen Dialekt, der Staat verheißt Chancengleichheit, die Familie vererbt Privilegien. Nach erbitterten Debatten im Parlament und in der Öffentlichkeit führte *Jules Ferry* als Erziehungsminister 1882 die allgemeine, kostenlose, von der Kirche unabhängige Schulpflicht ein. Der Laizismus triumphierte 1905 mit der definitiven Trennung von Staat und Kirche. Neben der Nationalversammlung wurde die Schule zur wichtigsten Institution der Demokratie. Über den Lehrplan versicherte sich die Republik der Loyalität ihrer künftigen *Citoyens*.

Das republikanische Schulideal ist, wenn auch als historischer Mythos, in Frankreich bis heute ebenso lebendig wie dessen immer wieder ins Feld geführte Ikone Jules Ferry. Das Ethos der staatlichen Bildung speist sich aus dem revolutionären Gleichheitspostulat, das allen heranwachsenden Bürgern und Bürgerinnen über „l'enseignement gratuit, laïc et obligatoire“ dieselben Startbedingungen gewährt. Nirgendwo verfügt die „égalité“ noch über soviel rhetorische Stoßkraft wie in der staatlichen Bildung. Chancengleichheit kann aber nur eine nationale Erziehung garantieren, die sich souverän über alle regionalen, sozialen, kulturellen und religiösen Unterschiede hinwegsetzt. Erst unter dieser uniformierenden Perspektive wird das Gewicht der *Éducation nationale* in ihrem vollen Wortsinn deutlich.

Dieses egalisierende Prinzip, das bis zu den einheitlichen Abiturfragen reicht, die zur selben Stunde vom gesamten Jahrgang einer ganzen Nation bearbeitet werden, verlangt ein Höchstmaß an schulpolitischer Organisation. Deshalb ist für die Bildung die größte Behörde zuständig. Die *Éducation nationale* beschäftigt 1,3 Millionen Arbeitnehmer. Den weitaus größten Teil davon stellen die 900 000 verbeamteten Lehrer. Deren gefühlsmäßige Bindung an die Republik wird nur von dem ausgeprägten Bewusstsein für ihre Standesprivilegien übertroffen. Diese mit allen Mitteln zu verteidigen, lassen sich die wortmächtigen und wehrhaften Lehrer-gewerkschaften angelegen sein. Denn nicht zuletzt steht mit der Bildung sehr viel Geld auf dem Spiel. Für den Unterhalt des gesamten Erziehungssystems werden jährlich 100 Milliarden Euro ausgegeben, wobei der weitaus größte Teil auf die Personalkosten entfällt.

Wie sensibel die gigantische Bürokratie reagieren kann, musste *Claude Allègre* erfahren, der 1997 die Bildungsdebatte um das beliebte Bild des „Mammuts“ für sein Ressort bereicherte. Womit er gleich die Forderung

verband, dieser Steinzeitelfant müsse dringend abgespeckt und auf Trab gebracht werden. „Dégraisser le mammouth“, das war ein Slogan nach dem Geschmack der Medien, die den Erziehungsminister umso lieber beim Wort nahmen, als man davon ausgehen konnte, dass die Gewerkschaften bei dem renommierten Geologen auf Granit beißen würden. Doch anstatt die ebenso schwerfällige wie unberechenbare Administration zur Räson zu bringen, brachte der Sozialist *Allègre* die mehrheitlich sozialistische Lehrerschaft nebst Schülern und Eltern gegen sich auf. Massenproteste zwangen den selbsternannten „ministre du XXI^e siècle“ zum Rücktritt, noch bevor das neue Jahrhundert richtig begonnen hatte. Sein Nachfolger *Jack Lang* (2000–2002) beeilte sich, mit guten Worten und wenig Taten das aufgeschreckte Mammut zu beruhigen. Der mit allen Wassern gewaschene Berufspolitiker verstand es als einer der wenigen Erziehungsminister, keinen Anstoß zu erregen, indem er sich mit Reformanstößen zurückhielt.

Wo die Linke mit dem Wissenschaftler *Claude Allègre* gescheitert war, hoffte die 2002 wieder an die Regierung gelangte Rechte mit dem Philosophen *Luc Ferry* zu reüssieren. Dem namhaften Intellektuellen kam die Aufgabe zu, das Dezentralisierungsprogramm von Premierminister *Raffarin* in die Bildungspolitik einfließen zu lassen. Doch schon das Ansinnen, technisches Personal wie Schulärzte und selbst Reinigungskräfte den jeweiligen Kommunen zu unterstellen, wurde von den Lehrern als „Anschlag auf den öffentlichen Dienst“ zurückgewiesen. Als darüber hinaus die Regierung die Beamten zwei Jahre länger für ihre Pensionen arbeiten lassen wollte, übten die Lehrer einmal mehr den Ausstand. Ein Büchlein aus der Feder *Ferrys* mit dem feinsinnigen Titel „Lettre à tous ceux qui aiment l'école“ brachte das Fass zum Überlaufen und seinen Autor in echte Bedrängnis. Bei einem öffentlichen Auftritt des Ministers in Rodez wurde er von hitzköpfi-

gen Lehrkräften mit seinem eigenen Buch beworfen. Der „ministre-philosophe“ ging in Deckung, der Brückenschlag zwischen Geist und Macht war gescheitert. Sobald sich im Frühjahr vergangenen Jahres die Umbildung der Raffarin-Regierung abzeichnete, stand der mondäne Schöngest im Kabinett als erstes Opfer des Revirements fest.

Fillons Pragmatismus

Der neuerliche ruhmlose Rückzug aus dem Hôtel de Rochechouart – 110, rue de Grenelle –, wo seit fast zwei Jahrhunderten über 170 Bildungsminister residierten, verhinderte freilich nicht, dass Frankreichs Lehrer doch zwei zusätzliche Dienstjahre aufgebremst bekamen. Die Anhebung der Lebensarbeitszeit für Beamte auf das Niveau der freien Wirtschaft wurde nicht vom Bildungsminister, sondern vom Arbeits- und Sozialminister durchgesetzt. François Fillons Rentenreform markierte im Sommer 2003 einen wichtigen Schritt zur Haushaltssanierung. Was lag bei der Kabinettsumbildung im April 2004 näher, als dem verdienten Bearbeiter der Altersbezüge die Bildungsoffensive gegenüber der Jugend zu übertragen?

Doch wenn der 51-jährige Neogaullist François Fillon als Sozialminister Standfestigkeit gegenüber den Beamten gezeigt hatte, so wich er als Erziehungsminister vor dem Groll der Schüler zurück. Im Februar und März trieb es Frankreichs Jugend über mehrere Wochen in insgesamt 150 Städten auf die Straße. Von über 100 000 Demonstranten war die Rede. Paris und Bordeaux bildeten zeitweilig die Hochburgen des Protests. Dabei hatte Fillon nichts weniger im Sinn, als Hand an die Heiligen Kühe der Éducation nationale zu legen. Ausdrücklich verneinte er eine „Revolution“ im Erziehungswesen und bezieht sich auf die „historische Kontinuität“ der Schulpolitik seit der Nachkriegszeit. Nicht zuletzt bestätigte der rechtsbürgerliche Bildungsminister das sozialistische Dogma, 80

Prozent eines Jahrganges zum Abitur zu führen.

Fillons „projet de loi d'orientation sur l'école“ zielt nicht auf eine Strukturreform der Schule, sondern auf punktuelle Optimierungen, von denen sich die Schüler durchaus Vorteile erhoffen können. Besteht doch das wesentliche Ziel der Reform in einer spürbaren Senkung der Zahl der Schulversager bei gleichzeitiger Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus. Angesichts von jährlich 150 000 Jugendlichen, die die Schule ohne jede Qualifikation verlassen, erscheint eine Rezentrierung grundlegender Fähigkeiten beim Lehrauftrag als durchaus vernünftig. Dieses Basiswissen wird durch einen so genannten „Sockel“ unerlässlicher Kenntnisse in den Kernfächern definiert. Dieser in den ersten neun Schuljahren, also bis zur mittleren Reife (Brevet) am Ende des Collège, zu erwerbende „socle commun de connaissances et de compétences“ umfasst die Beherrschung des Französischen in Wort und Schrift, Mathematik plus Informatik, Grundkenntnisse in Geistes- und Naturwissenschaften, die republikanischen Werte sowie mindestens eine Fremdsprache. Erklärtes Ziel ist es, dass alle Schüler – ausdrücklich ist von 100 Prozent die Rede – am Ende der obligatorischen Schulzeit mit dem Erwerb des „brevet“ über diesen Wissenssockel verfügen. Von ihm aus sollen sowohl die Minderheit der ins Berufsleben wechselnden Schulabgänger als auch die künftigen Oberschüler für die drei folgenden Jahre des Gymnasiums (Lycée) optimale Startbedingungen haben.

So einleuchtend die Idee des „socle commun“ auf den ersten Blick ist, blieb sie doch nicht ohne Widerspruch. Kritiker sprechen in Ableitung des gesetzlichen Mindestlohns von einem „Smic culturel“, der nichts weiter sei als der kleinste gemeinsame Nenner eines nicht ausreichenden Basiswissens. Andere Stimmen fragen sich, nach welchen Kriterien die konkreten Lehrprogramme des „Wis-

senssockels“ ausgesucht werden. Das Gesetz verweist diesbezüglich nur auf einen zu bildenden „Haut conseil de l'éducation“, dessen neun Mitglieder in Abstimmung mit dem Parlament das Grundwissen definieren.

Die Reform macht weiterhin das Erlernen von zwei Fremdsprachen für alle Schüler obligatorisch, wobei mit der ersten in der zweiten Klasse (CE 1) begonnen wird. Die zweite Fremdsprache folgt in der siebten Klasse (la cinquième = 2. Klasse im Collège). Wenn das Erlernen von zwei Fremdsprachen auch schon seit geraumer Zeit angestrebt wird, so kann diese Idee angesichts der rasanten Internationalisierung sämtlicher Lebenswelten nicht nachdrücklich genug vertreten werden.

Schließlich soll den Schülern, die sich mit dem Lernen schwer tun, individuelle Hilfe mit einem „programme personnalisé de réussite scolaire“ zuteil werden. Das Reformgesetz sieht dafür drei Nachhilfestunden pro Woche vor, wofür entsprechendes Personal eingestellt sowie die finanziellen Mittel aufgestockt werden. Weniger einsichtig ist die geplante Abschaffung der „Travaux personnels encadrés“ (TPE). Dabei handelt es sich um größere interdisziplinäre Aufsätze, mit denen die Gymnasiasten bisher in der Abiturklasse ein Thema unter mehreren wissenschaftlichen Aspekten analysierten.

Vive le bac!

Die alles in allem pragmatisch-bescheidenen Initiativen hätten kaum soviel Wirbel entfacht, wäre es François Fillon über das pädagogische Wohl der 12 Millionen Schüler hinaus nicht auch um eine Entlastung seines Budgets zu tun gewesen. Was in Zeiten knapper Mittel für Solidität spricht, wurde allerdings ungeschickt angegangen. Bei der Suche nach Einsparungen fiel die Wahl auf das Baccalauréat. „Le bac“, wie das französische Abitur in der Regel verkürzend genannt wird, ist nicht nur eine auf Napoléon zurückgehende 200

Jahre alte Institution, sondern gilt, zumal nach dem Wegfall der Wehrpflicht, auch als einzige nationale Initiation vor dem Eintritt ins Erwachsenenalter. Zudem erfüllt sich in dem für alle Schüler identischen Zentralabitur, deren Arbeiten anonym benotet werden, noch der Schulmythos der republikanischen Egalität.

Der eine Woche lang dauernde Prüfungsmarathon im Juni eines jeden Jahres, bei dem bis zu 650 000 Abiturienten fünf Millionen Exposés zu 4 000 Themen verfassen, die wiederum von 120 000 Aufpassern eingesammelt und von 5 000 Korrektoren bewertet werden, hat seinen Preis. Diese nationale Tour de force der Wissenskontrolle kostet den Steuerzahler jährlich 200 Millionen Euro. Um diesen Betrag herunterzufahren, schlug Fillon vor, die bisher zwölf schriftlichen in ganz Frankreich einheitlichen Abiturprüfungen auf die Hälfte zu reduzieren. Stattdessen würde die „kontinuierliche Bewertung“ („contrôle continu“) durch die Lehrer in die Abschlussnote einfließen. Was als Reduzierung des Prüfungsstresses von den Oberschülern hätte begrüßt werden können, trieb diese auf die Barrikaden. Das Nein des akademischen Nachwuchses zu einer Relativierung des Zentralabiturs kam prompt und unmissverständlich. Verbindet sich doch damit die Furcht, eine individualisierte Benotung könne ein Zwei-Klassen-Abitur („bac à deux vitesses“) nach sich ziehen. Der gewachsene Einfluss der persönlichen Lehrer befördere nicht nur Begünstigungen und Ungerechtigkeiten, auch der Ort der Lehranstalt geriete stärker in den Blick. Da der Besuch hochangesehener Gymnasien wie „Henri IV“ oder „Louis-le-Grand“ in Paris allemal mehr zählt als der Erwerb desselben Lehrprogramms in einem der zahlreichen sozial deklassierten Banlieue-Gymnasien, wäre es mit dem hehren Gleichheitsideal nicht mehr weit her.

Es nimmt nicht Wunder, dass sich „la fronde lycéenne“ („Le Monde“) vor allem aus

jenen Vorstädten rekrutierte, die nicht den besten Ruf genießen. Insofern könnten die Schülerunruhen ein Vorgeschmack auf jene Aufstände gewesen sein, die den Großstädten, allen voran Paris, irgendwann von der Peripherie drohen. Denn nirgends treten die Bruchlinien der französischen Gesellschaft so deutlich zutage wie zwischen den bürgerlichen Innenstädten und deren meist ziemlich heruntergekommenen Außenbezirken mit ihrem hohen Immigrantenanteil.

Richtig überzeugen konnte das Egalitätsargument zugunsten des Zentralabiturs freilich nicht. Denn die vielbeschworene schulische „égalité“ ist längst eine noble Illusion. So lernen französische Schüler in Privatschulen schon deshalb mehr als an staatlichen Schulen, weil weit weniger Stunden aufgrund von Streiks oder Überbelastung der Lehrer ausfallen. Unzweifelhaft dürfte auch sein, dass in einem angesehenen Gymnasium in guter Wohnlage die Jugend sorgfältiger auf das Abitur vorbereitet wird als an einem Cité-Lycée, wo es angesichts starker ethnischer Konzentrationen schon um den korrekten Gebrauch des Französischen schlecht bestellt ist. So konstatierte *Ivan Rioufol* bereits 1997 in „Le Figaro“: „Il y a aujourd’hui, une école des riches et une école des pauvres; une école des villes et une école des banlieues, une école des Français et une école des immigrants, une école qui intègre et une école qui exclut. Le système éducatif, qui se disait rassembleur, est devenu le point de rencontre de toutes les fractures: économique, sociale, culturelle. L’échec scolaire est d’abord l’échec d’un système.“

Schließlich relativiert sich die Anonymität des Zentralabiturs spätestens bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz, wo Name und Ort des Gymnasiums zur Sprache kommen. Gerade in Frankreich, wo das gymnasiale und universitäre Ranking längst zur Pflichtübung der Printmedien gehört, kann der Ruf des Gymnasiums schnell größere Bedeutung gewinnen als die Abiturnote.

Dass in jüngster Zeit die Magazine eine Handvoll Immigranten vorstellten, die in Politik oder Wirtschaft Karriere gemacht haben, bestätigt – im Sinne der die Regel bestimmenden Ausnahme – nur, dass die Schule nach wie vor der sicherste Garant für die Perpetuierung der sozialen Unterschiede ist.

Zurück zur Autorität

Hinter der „lycéenrie“ steckte mehr als die konkrete Sorge um das Zentralabitur. Die Ursachen des Protests liegen in einem generellen „mal-être de la jeunesse“, das sich aus der wachsenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit speist. „Nos lycéennes en colère vont danser sur le pavé parce qu’on ne leur donne pas à rêver ni à espérer“, bemerkte *Debis Jembar* zutreffend in seinem „Express“-Editorial. Kommt hinzu, dass es konservative Regierungen den in Frankreich gewerkschaftlich organisierten Gymnasiasten nie recht machen können. Der Zorn der „Union nationale lycéenne“ (UNL) und der „Fédération indépendante et démocratique“ (FIDL), als den beiden wichtigsten Interessenvertretungen, dürfte umso mehr nach einem Ventil gesucht haben, als sich aus ihrer Sicht in den letzten Jahren eine reaktionäre Grundströmung der Bildungspolitik bemächtigt hat. Schon *Luc Ferry*, dessen intellektuelles Renommee in harter Kritik am „antihumanistischen Denken“ der 68er-Bewegung gründet, hatte ganz auf die Vermittlung „traditionellen Wissens“ gesetzt. Gegen den modernistischen Zeitgeist, der vor allem „Subjektivität, Spontaneität und Kreativität“ fördern wollte, ging es *Ferry* um eine Rehabilitierung der „guten Sitten, der Umgangsformen und Traditionen“. Sein Staatssekretär *Xavier Darcos* brachte die Wiedereinführung der Schuluniform ins Gespräch. Dazu ist es nicht gekommen. Dafür müssen Frankreichs Grundschüler jetzt wieder die Nationalhymne, „La Marseillaise“, auswendiglernen. Denn auch *François Fillon*

gibt viel auf die altbewährten schulischen Übungen wie vermehrte Diktate und das Rezitieren von Gedichten. Die Autorität des Lehrers soll gestärkt werden, was im neuen Schulgesetz seinen Niederschlag findet. So liegt die Entscheidung über das Wiederholen einer Klasse in Zukunft allein beim Lehrer, ohne dass die Eltern des betroffenen Schülers Einspruch erheben können.

„Restaurer l'autorité“: In dieser Formulierung verdichtet sich die Überzeugung, dass das emanzipatorische Erziehungsmodell der späten 1960er Jahre gescheitert ist. Eine ganze Phalanx von Streitschriften mit so sprechenden Titeln wie „La Fin de l'autorité“ von Alain Renault, „Et vos enfants ne sauront pas lire ... ni compter“ von Marc Le Bris oder auch „De l'enfant roi à l'enfant tyran“ von Didier Pleux macht Front gegen den Verfall schulischer Sitten und beschwört – um es mit einem plakativen Titel des „Nouvel Observateur“ zu sagen „Le retour du bâton“. Wie tief das Bedürfnis nach verlässlichen Werten gegenüber einer häufig als anarchisch empfundenen Schulwelt ist, machte mit „Les Choristes“ der Überraschungsfilm des letzten Jahres deutlich. Mehr als 8,5 Millionen Franzosen gingen ins Kino, um sich von einem Provinz-Internat für schwer erziehbare Jungen in den 1950er Jahren gefangen nehmen zu lassen. Dort gibt der Rohrstock den Takt an, bis der neue Hilfslehrer Monsieur Mathieu auftaucht, der die aufsässigen Zöglinge dank der kollektiven Magie des Gesangs zur Räson bringt. Die Problemklasse rauft sich zum Knabenchor zusammen, der an höherer Dienststelle Beifall findet. Bei soviel Nachtigallen hat die Nostalgie leichtes Spiel. Doch auch der um vieles sprödere Dokumentarfilm „Être et avoir“ („Sein und Haben“), der auf geduldige und unspektakuläre Weise den Alltag einer Dorfschule in den Blick nimmt, fand 2002 viel Beachtung. Nicht zu reden von der TV-Serie „L'Insti“, in der der Vorzeigelehrer Victor Novac die pädagogischen Tugenden der Éducation nationale verkörpert und

damit France 2 seit über zehn Jahren Traumquoten beschert.

Gerade weil gegenwärtig ein kräftiger Hauch von Nostalgie an der Bildungsfront weht, lag Frankreichs Oberschülern umso mehr daran, in dem konservativ geprägten Tenor dem jugendlichen Protest Gehör zu verschaffen. Das Echo ließ nicht auf sich warten. Nachdem die von den Medien groß ins Bild gerückten Schülerproteste die eigentlichen Inhalte der Schulreform in den Hintergrund gedrängt hatten, beeilte sich François Fillon, von der geplanten Modifizierung des Baccalauréat Abstand zu nehmen. Dass der Erziehungsminister so schnell auf die Forderung der Schüler einging, erklärt sich aus der gesamtpolitischen Wetterlage. Drei Monate, bevor die Franzosen in einem Referendum über den EU-Vertrag abstimmen, kam dem Staatspräsidenten nichts ungelegener als sozialer Aufruhr. Angesichts des nahen Volksentscheids, dessen Ausgang nicht zuletzt über die politische Zukunft Chiracs entscheiden wird, erschien die Modalität des Bac-Erwerbs plötzlich als quantité négligeable. Während die Reform des Abiturs sang- und klanglos von der bildungspolitischen Agenda verschwand, verabschiedete die Nationalversammlung am 2. März „le projet de loi d'orientation sur l'avenir de l'école“ mit 346 Stimmen der regierenden UMP gegen 178 Stimmen der Sozialisten, Kommunisten und Grünen. Die liberale UDF enthielt sich ihrer Stimmen.

Anspruch und Wirklichkeit

Die bildungspolitische Offensive der mit satter Mehrheit regierenden rechtsbürgerlichen Präsidentenpartei ist gesetzlich nun unter Dach und Fach. Ob aber Fillons Reform der Schule den Weg in die Zukunft weist, wird sich erst noch zeigen müssen. Gemessen an den Versprechen sowohl von Präsident Chirac, der am 20. November 2003 „une grande loi sur l'école“ ankündigte, als auch von Pre-

mierminister Raffarin, auf dessen „Agenda 2005“ die Bildung Priorität hat, handelt es sich allenfalls um ein Reförmchen. Wobei man die Neuerungen auch um einiges diskreter per Dekret hätte erlassen können. Doch aus Prestigegründen legte der Präsident Wert auf ein veritables Schulnetz.

„Ich will, dass am Ende meiner siebenjährigen Amtszeit alle Kinder die Grundfertigkeiten beherrschen“, ließ sich Jacques Chirac am Anfang seines ersten Septennats im März 1997 vernehmen. Nun zeichnet sich das Ende seiner zweiten Amtszeit ab und noch immer ist ein Viertel der Grundschüler beim Eintritt ins Collège nicht sattelfest im Lesen und Schreiben. Ganz zu schweigen von den 150 000 Jugendlichen, die jedes Jahr die Schule ohne Qualifikation verlassen. Auch die internationalen Leistungsvergleiche der letzten Jahre, in denen Frankreich durchgehend mittelmäßig abschnitt, strafen Chirac Lügen, wenn dieser behauptet: „Wir haben eine Schule, die zu den besten der Welt gehört.“

Richtig ist, kaum irgendwo klaffen Anspruch und Wirklichkeit, Ehrgeiz und Ergebnisse so weit auseinander wie in der staatlichen Bildung Frankreichs. Egalität und Exzellenz, die einstigen Gütesiegel der Éducation nationale, sind zu dogmatischem Egalitarismus und rigidem Elitismus erstarrt. Mit der Chancengleichheit als dem kategorischen Imperativ der Schulpolitik wurde 1975 das „collège unique pour tous“ eingeführt. Bildungsminister René Haby schuf damit für die Sekundarstufe I eine vierjährige Gesamtschule, in der das allgemeine Leistungsniveau sukzessive nivelliert wurde. Um diese Entwicklung zumindest dem Schein nach umzukehren, gab der sozialistische Bildungsminister Jean-Pierre Chevènement 1985 das Ziel vor, 80 Prozent eines Jahrgangs zum Abitur zu führen. Vier Jahre später wurde dieses Ziel von seinem Nachfolger Lionel Jospin gesetzlich festgeschrieben. Doch um diese schulische Hochleistung in der Masse zu erbringen, musste das Abitur, einst das Nadelöhr

der Eliteauswahl, mittels technisch-industrieller und berufsbildender Lycées mit entsprechenden weit weniger anerkannten Reifeprüfungen (Bac technologique und Bac professionnel) zu breiten Schleusen erweitert werden. Der neogaullistische Bildungsexperte Pierre-André Périçsol gab 2001 stolz zu Protokoll: „Le bac représente le patrimoine commun d'une classe d'âge.“

Wenn die 80-Prozent-Messlatte von entsprechend vielen bacheliers so gut wie erreicht wird, so wird sie deshalb noch nicht in entsprechender Weise übersprungen. Lediglich 60 Prozent eines Jahrgangs bestehen die Reifeprüfung auch. Damit liegt das Bildungsniveau, zumindest auf dem Papier, höher als in Deutschland, in dessen gegliedertem Schulsystem Gymnasiasten einerseits und Haupt- sowie Realschüler andererseits sich annähernd die Waage halten. Umso schlechter ist es um die französischen Schüler bestellt, die ohne „le passeport pour l'enseignement supérieur“ ihr Glück auf dem Arbeitsmarkt versuchen. „Sans le bac, t'es plus rien.“ Diese Schülerweisheit ist die bittere Konsequenz der Vermassung des Abiturs. Nicht weniger hart ist der Wettlauf um die Diplome, der durch „la voie royale“ vom Elite-Gymnasium mit der Königsdisziplin Mathematik bis zu einer Grande École mit der ENA als Krönung vorgezeichnet ist. So glänzende Karriereaussichten sich damit eröffnen, so hart trifft es die Verlierer der Diplom-Aristokratie. Roger Fauroux, der nicht nur die ENA, sondern auch eine Schulreformkommission der Jahre 1995/96 leitete, hat von einem „système de sélection archi-feroce“ gesprochen: „Les filières de prestige bénéficient de moyens abondants, mais l'école ne se préoccupe pas des morts et des blessés.“

Hieß die Alternative bis in die 1960er Jahre, als mit 17 Jahren nur jeder dritte Jugendliche die Schulbank drückte, „col blanc ou col bleu“ (Büro oder Fabrik), so lautet sie heute, da von zehn 17-Jährigen noch neun zur Schule gehen: „l'école ou la rue“. Es wundert des-

halb nicht, dass Frankreich eines der EU-Länder mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit ist.

Um die großen Fragen bezüglich des Erziehungssystems tiefgreifend und ohne Tabus zu diskutieren, eröffnete die Regierung Raffarin Mitte November 2003 „un grand débat sur l'école“. Diese nationale Schuldebatte, die sich fast über ein Jahr erstreckte, umfasste nicht weniger als 15 000 Sitzungen und Anhörungen. Viel herausgekommen ist dabei nicht. Eine nach ihrem Vorsitzenden Claude Thélot benannte Kommission fasste die wesentlichen Ergebnisse zusammen und formulierte auf dieser Grundlage entsprechende Reformvorschläge. Zu wirklichen Innovationen konnte sich der Bericht der Thélot-Kommission nicht durchringen. François Fillon hat sich bei seinem Gesetzentwurf weitgehend an den bescheidenen Vorschlägen der Thélot-Kommission orientiert, wobei er teilweise noch hinter deren Empfehlungen zurückblieb. So taucht die Forderung nach dezidiert sozialer Mischung der Schulklassen, die angesichts der starken Segregation Sinn macht, im Gesetzentwurf nicht auf. Auch der Empfehlung, die Anwesenheit der Lehrer an den Schulen von täglich vier auf acht Stunden zu erhöhen, wurde aus Kostengründen nicht Folge geleistet.

So war es wieder einmal der Berg, der mit der nationalen Schuldebatte kreite und eine Maus in Form von Fillons Schulgesetz gebar. Für deren Umsetzung werden zwei Milliarden Euro locker gemacht. Damit kann sich die rechtsbürgerliche Regierung in dem Glauben whnen, ihre bildungspolitischen Hausaufgaben gemacht, ohne sich dabei übermäßig angestrengt zu haben. Doch lässt sich jetzt schon festhalten: Zukunftsweisende Weichen für die Éducation nationale wurden in der Ära Chirac nicht gestellt. Trotz der vorgeblichen „priorité nationale“ wird in der Bildungspolitik herumgedoktert wie bisher. Wo eine Rosskur nötig wäre, werden Placebos gereicht. Liebgewonnene Traditionen

werden, auch wenn ihre Nachteile ins Auge stechen, nicht infrage gestellt. So steht eine Änderung der viertägigen Schulwoche – der Mittwoch ist in Frankreich schulfrei – nicht zur Diskussion. Obwohl die im europäischen Vergleich geringe Zahl von Schultagen mit entsprechend großem Lernpensum ebenso zu einer Überbelastung der Schüler führt wie die unausgewogene Ferienverteilung mit der zweimonatigen Sommerpause. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent nicht genügend beklagt werden kann, so scheint eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientierte staatliche Erziehung doch unter der Würde der Éducation nationale zu sein. Das auf enzyklopädisches Wissen ausgerichtete Bildungssystem, bei dem Logik und Mathematik, Geschichtsbewusstsein und Staatsbürgertum ganz vorne stehen, hat das handwerkliche Know-how konsequent vernachlässigt. Schon das berufsbezogene Gymnasium (Lycée professionnel) genießt keinen sonderlichen Ruf. Eine bescheidene Beamtenstelle erscheint allemal attraktiver als ein bodenständiger Betrieb. Obwohl das Handwerk sich vor Aufträgen nicht retten kann, übt der goldene Boden einer beruflichen Existenz wenig Anziehungskraft aus. Keiner der zahlreichen Bildungsexperten kommt auf die Idee, mit einer gezielten PR-Kampagne daran etwas zu ändern. Lieber werden neue Studiengänge und –abschlüsse erdacht.

Die neu getroffenen Regelungen gehen an vielen Kernproblemen vorbei und wurden von der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen. Vor zehn Jahren schrieb der Historiker Michel Winock: „Changer la vie n'est plus au programme; changer l'école est un impératif: la révolution scolaire est encore à venir.“ Die jüngste Schulgesetzgebung kommentierte Olivier Picard mit den treffenden Worten: „La vraie réforme, tant rêvée, n'aura jamais lieu. Qu'on se réjouisse ou qu'on le déplore, elle a déjà perdu parce que personne n'y croit vraiment ... La réforme est morte. Vive l'imagination au pouvoir!“